

Saale-Zeitung.

Anzeigen

werden die Spaltenpreise oder wenn
Stamm mit 30 Pfg., solche aus Halle mit
20 Pfg. berechnet und in der Expedition,
von welchen Anzeigenstellen und allen
Anzeigen-Expeditionen angenommen.
Restanten die Seite 75 Pfg.
Erscheint wöchentlich fünfmal;
Sonntags und Montags einm.,
sonst zweimal täglich.
[Der Abdruck unserer Original-Artikel
ist nicht gestattet.]

Bezugspreis
In Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
postfremder Zustellung 2,75 M., durch
die Post 3,25 M., einschließlich Zustellungs-
gebühr. Bestellungen werden von allen
Nachbörtenhallen angenommen.
Im ausländischen Bezugspreis
unter Nr. 6516 eingetragen.
Für die Redaktion verantwortlich:
Max Scharre in Halle.
Erscheinens von 10^u, bis 12^u, Uhr.
[Zerstörer: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 170.]

Erhebungspreis

Nr. 505.

Halle a. d. Saale, Mittwoch, den 28. Oktober

1903.

Ab-ul-Hamid in Kōten.

Endlich ist in das ewige Einerlei der Vandenlämpfe
in den „Wälsjets“ und „Sandsjats“, der Untaten der
„Wajschibjats“ und „Komatjats“ einmal ein wirkliches
Ereignis getreten, ein Ereignis, bei dem sich wirklich
einmal eine Umwälzung und ein Ausbruch über den Wust
des macedonischen Wirrwurds lohnt. Endlich ist eine
Antwort auf die Frage abzugeben: Was wird das Ende
dieses scheußlichen neubulgarischen Aufstandes sein?

In der christlichen Revolution gegen die türkische Herrschaft
sind wie in einem gordischen Knoten die Interessen der
Türkei, der Mazedonien, der Nationalbulgaren, des Christen-
tums und des Mohammedanismus, der Russen und Serben
verflochten und schließlich aller Mächte unentwirrbar
verwickelt. Die soeben erscheinende Memornote, die
in Würzburg kürzlich von den russischen und öster-
reichischen Kaiser in vereinbarten Worten ist, zerhaut nun
mit einem raschen Nadelstich diesen Knoten. Man hat zu der
Nachfallur radikale Mittel genommen. Aber man muß
sagen, daß die beiden Kaiser, deren konservativer Sinn
in Bezug auf die staatliche Zusammenlegung der Türkei
über allem Zweifel erhaben ist, mit Recht in diesem außer-
ordentlichen Augenblicke vor außerordentlichen Eingriffen in
die Souveränität des Sultans nicht zurückgeschreckt sind.
Denn mit der Türkei sind sie nicht durchzuführen, nur wenn
man ihr das Knie auf die Brust legt. Die Memor-
vorläufige, die wir bereits ausführlich mitgeteilt haben, be-
zweckt den Sultans zunächst auf zwei Jahre furchend all
seiner Souveränitätsrechte in Mazedonien und übertragend
die Leitung der gesamten Verwaltung russischen und öster-
reichischen Zivilkommissaren. Diese haben den General-
gouverneur auf seinen Reisen zu begleiten und ihm die
Wünsche der fremden Vorkämpfer bezüglich der Befestigung
der macedonischen Verhältnisse zu übermitteln, ihnen werden
Unterabente begeben, und der Sultan hat seine ganze
Beachtung jenseit in Mazedonien anzuwenden, diesen Kom-
missaren jederzeit jegliche Erschwerung und Entgegenkommen
jeder Art bei ihrer Arbeit zu bereiten. Am zwei Jahre
begibt sich der Sultan damit, wenn nicht nominal, so doch
materiell, nach und tiefer als diese Umgestaltung der
Zivilverwaltung greift aber eine andere Reform in die
Souveränitätsrechte des Großtürken ein. Die Mächte —
zunächst England und Österreich — haben den Vorschlag
Englands angenommen, die türkische Gendarmerie, damit
sie allezeit gerecht und human verfähre und direkt der Kon-
trolle der Großmächte unterstellt bleibe, völlig inter-
national umzugestalten. Ein fremder General und
Offiziere und Beamte aus aller Herren Länder sollen
künftig die Offiziere von mohammedanischen Gensdarmen
ersetzen und die Revolutionäre der bulgarischen Komitatjats
zu Boden halten. Lord Lansdowne, der englische Autor
dieses Gedankens, ist nicht wenig stolz auf seinen Vorschlag,
der in der Tat die Souveränität der türkischen Ver-
waltung aufhebt, ohne sie doch irgend einer bestimmten
Macht auszuliefern und dadurch die türkische Frage
heraufzubehalten. Vielmehr ist es durch diese
Internationalität dem Sultan erleichtert, die bittere
Pille herunterzuschlucken. Die Herrschaft der vielen ist
eine sichere Garantie, daß keine einzelne Macht die Türkei
antasten und damit den Janitschi unter die europäischen
Wälder werfen wird.

Unter dem Einflusse dieser fremden Militär- und Zivil-
verwaltung sollen nur vor allem die im Februar bereits
geforderten Reformen unverzüglich durchgeführt werden.
Sie forderten vor allem Herabsetzung der Steuern zu Gunsten
der macedonischen Steuerzahler selbst. Dieser Stoffen alle
Steuern nach Konstantinopel in den Säckel des Sultans
und seiner Beamten, wo ein großer Teil zur
Wiederung von Privatvermögen der Beamten ver-
schwand. Der Sultan ist ein schlauer und be-
weglicher Herr, der von jeder seinen Säckel zu
füllen wußte, und dem es heute hart ankommen wird, zum
Besten des von Komitatjats und von seiner eigenen
Soldateska verbeerten Landes tief in seine eigene Tasche zu
greifen. Aber die Mächte werden nicht locker lassen. Es
scheint, daß sie sich alle an dem Respektieren gegen Ab-ul-
Hamid beteiligen. Die zahlreichen von Haus und Hof
vertriebenen Familien sollen auf türkische Kosten zurückgeführt
werden, ihre verbrannten Häuser neu aufgebaut und ihre
Kirchen wieder hergestellt werden, so daß neuer Frieden und
neue Wohlthat in Mazedonien einziehen. Die Steuern sollen
nicht nach Konstantinopel zu wandern, in den Wälsjets
selbst bleiben und dort zur Bedeckung der gesamten lokalen
Bedürfnisse verwendet werden. Überhaupt sollen die
einzelnen Bezirke und Kreise als ausgedehnte Selbst-
verwaltung erhalten, haben doch die Klagen der christlichen
Bevölkerung über die Unverständlichkeit und Intrigue der
türkischen Central-Beamten den Hauptanstoß für die
Revolutionen abgeben. Daß die Ausführung
all dieser grundlegenden Veränderungen nicht türkischen
Behörden, sondern Ausländern anvertraut werden mußte,
war selbstverständlich, wenn nicht alles wieder ein Schlag
ins Wasser bleiben sollte.

An der allgemeinen Zufriedenheit in Mazedonien, die
von der Einführung der Reformen zu erwarten ist,
werden nur die Komitatjats und ihre nationalbulgarischen
Freunde teilzunehmen. Sie sehen sich der Grund-
lagen ihrer revolutionären Propaganda beraubt, der Unzu-
friedenheit mit der türkischen Verwaltung. Ihnen tau es
gerade recht, daß der Sultan früher im Interesse der

Landesherrschaft die Verwaltung in Konstantinopel centrali-
sierte und damit eine Quelle dauernder Unzufriedenheit ge-
schaffen hat. Es muß all ihre Hoffnungen zerfallen, daß
die Verwaltung im Interesse der Sicherheit wieder entwunden
wird. Die großbulgarische Idee bekommt dadurch einen un-
belebten Stoß, an dem sie nach der gewaltigen Nieder-
werfung der Komitatjats für eine lange Zeit bluten muß.
Und die Mächte wollen noch außerdem dafür sorgen,
daß sie sich nicht allgubal wieder von diesem Schlage erholen
sind. Denn der russisch-österreichische Reformplan verlangt
gleichzeitig eine Neugruppierung der Nationalitäten
in Mazedonien. Sie sollen zusammen angehebelt
werden und dann eine gewisse Autonomie erhalten.
Aber der Zweck dieses Planes ist gerade, die Bulgaren in
Mazedonien von denen in Bulgarien zu trennen. Groß-
bulgarien würde nun ein höchst unbequemes Nachbarland
sein, wenn einmal der Zar der Neuen in Dolna Wogische
reidieren wird. Die Gefahr eines solchen Großbulgarien
stand vor der Tür, als das feierliche Bulgarien mit
Hoffnung auf Erfolg gegen die Türkei mobil machen wollte.
Um den drohenden türkisch-bulgarischen Konflikt und seine
unvermeidlichen Folgen zu vermeiden, ist Zar Nikolaus
bis an die äußerste Grenze gegangen, hinter der das völlige
Auslösen der Zukunftsmacht in Mazedonien liegt. Er
setzt an Stelle türkischer Mächte vorläufig eine christliche
Verwaltung in der Türkei ein.

Der Erfolg ist denn auch nicht ausgeschlossen. Bulgarien
hat den größten Teil seiner Reserven entlassen, die Türkei
hat ebenfalls ihr Truppenangebot vermindert und die
Kriegsgefahr scheint endgültig beidseitig. Wenn aber der
Sultan sich heute mit Händen und Füßen wehrt,
so wird kein Mensch Mitleid mit ihm haben.
Den Anschlag auf seine Souveränität wird er vielleicht noch
am ehesten überwinden. Er ist derartig stolz langem
gewohnt, er weiß, daß er in Europa doch nur noch das
Gnadenbrot frist. Aber hart kommt es ihm an, daß seine
Privatassise bluten muß, und daß das Niveau seiner
chronischen Klassenbegehr die Wälschheitigkeit der verlangten
Verpflichtungen bis auf Grund sinken wird. Er verweigert
sich denn auch zunächst kategorisch die Anerkennung der
Memornote, und sein Ministerrat hat rund herans alle
neuen Forderungen abgelehnt. Das wird beiden aber
nicht helfen. Die Mächte werden vernünftig fest bleiben,
weshalb wenn die Mohammedaner in Mazedonien sich gegen
das Eindringen der christlichen Verwaltung auflehnen sollten.
Die öffentliche Meinung Europas ist gegen den Sultan.
Er mag zufrieden sein, wenn seine Souveränität noch
formal bestehen bleibt. Der Verlauf des macedonischen
Aufstandes hat bewiesen, daß die türkische Ver-
waltung durch religiösen Fanatismus und Unredlichkeit
sich des Ehrenritels der Zivilisation unwürdig gemacht hat.
Nicht weniger ist dieser Mißbrauch verächtlich durch die Un-
fähigkeit, die Ab-ul-Hamid bei Niederwerfung des mit
ganz unzulänglichen Mitteln begonnenen Aufstandes gezeit
hat. Statt rücksichtsloser Strenge und eiserner Konsequenz
eine planlose Grausamkeit, die für immer neuen Jähndroff
des Brandes weidlich gefordert hat. In jedem anderen
Staate Europas wäre ein solcher Zustand unmöglich ge-
wesen und wäre er ausgebrochen, wäre man rasch mit ihm
fertig geworden. Somit wird Europa angesichts der an-
genehmen Aussicht, durch die Memornote endlich seiner
türkischen Sorgen einmal für einige Jahre los und ledig
zu werden, dieses eine Mal fest bleiben. Denn mit halben
Maßregeln ist schon reichlich genug an dem Leibe des
traurigen Mannes erfolglos herumgebohrt worden. W.

London, 27. Okt. „Reuters Bureau“ erfährt, die Mächte
sind vollkommen einig in der Unterstützung des Reform-
plans Deltreid-Langars und Russlands für Mazedonien.

Deutsches Reich.

Der Ministerpräsident v. Bodelschwingh im Kreuzfeuer.

In der hohenzollernischen Kammer der Abgeordneten hat man den
neuen Ministerpräsidenten weiter wohl aufgenommen. Namentlich
die Liberalen stehen ihm weiter mit großem Mißtrauen
gegenüber. Bei der sorgfältigen Generaldebatte über die all-
gemeine politische Lage betont Abgeordneter B. J. M. (Str.),
daß auch er einen gewissen und christlichen Frieden wünsche.
Schon vor 24 Uhr er habe es vierzehn deutsche Wählerüberlegungen
gegeben. Redner benutzte eine Stelle in dem protestantischen
Katholizismus der Pöhl, welche dem Frieden nicht diene. Kultus-
minister Dr. W. G. u. er erklärt, die Kompetenz der Regierung in
Bezug auf die Religionsangelegenheiten sei bedingt; er werde
aber die erwähnte Stelle, ebenso wie die von Casselmann be-
zogene Stelle des katholischen Katholizismus in Bamberg
nicht lassen, um eventuell weiteres zu veranlassen. Abg.
S. J. P. (Freie Bewegung) erklärt, daß er den Mächten des
Großen Grafen auf das schärfste bedauere. Wenn auch
noch die letzten protestantischen Minister geben würden, so würde
dies die protestantische Bevölkerung allerdings sehr bewundern.
Reinhard (liberal) gibt der Beschränkung seiner Freunde
Abdruck über die Ausführungen des Ministerpräsidenten be-
treffend seine äußere Politik und über die Erklärung, daß er
trotz den Bayern und dem Reich stehe. Er habe aber bei dem
neuen Ministerium auszuführen die Unfähigkeit bei allen
seiner bisherigen Handlungen, gegenüber der Verfassung
der parlamentarischen Eisenbahnen, der Vertretung der Geschäfte
innerhalb der Ministerien und gegenüber dem tabakischen
Preßverehr. Seine Freunde händen dem neuen Ministerium
abwardend und vorsichtig gegenüber, da ihnen keine genügend

Arbeit über dessen Absichten geworden sei. Im weiteren Ver-
laufe seiner Rede polemisierte der Redner gegen das Zentrum
und kommt dann auf das bairische Wiederrecht der eigenen
Politik zu sprechen, die, wenigstens in der Welt, nicht
als unüberwindlich gelten. Ebenfalls siehe sich Württemberg
sehr an mit seinem Vorverträge mit dem Reich. Minister-
präsident v. Bodelschwingh meint in vornehm Worten aus Württemberg
aller an dem inneren Frieden, den man im Jahre 1871, heraus-
geben von seiner Tochter, der Gattin bei in der letzten Zeit
die sogenannten Sozialisten Dr. Heinrich Wonn, Frau Lily
Wonn, erschienen. Wir werden auf die Veröffentlichung zurück-
kommen, möchten aber heute schon folgenden Brief aus ihr
reproduzieren:

Unter den Anissen von 1870/71.

Geeben ist im Verlage von Georg Meiner in Berlin eine neue
interessante Publikation, und zwar die Kriegsbriefe des Generals
G. aus von Kretschman aus den Jahren 1870/71, heraus-
gegeben von seiner Tochter, der Gattin bei in der letzten Zeit
die sogenannten Sozialisten Dr. Heinrich Wonn, Frau Lily
Wonn, erschienen. Wir werden auf die Veröffentlichung zurück-
kommen, möchten aber heute schon folgenden Brief aus ihr
reproduzieren:

S. D. Trojes, 24. April 71.

Meine liebe Frau,
Du tust dem General viel Unrecht; daß er nicht mit mir
über meine Wünsche spricht, ist ganz natürlich. Er nimmt an
und wünscht es auch, daß ich da bleibe. Das wird aber nicht
geschehen, weil er nichts dazu tut. Er steht auf einem durch-
aus korrekten Standpunkt. Beide Töchtergeber im Militär-
dienst, die ich als Waise, die ich als Waise, die ich als Waise,
erklärte, erklären es für einen großen Verstoß, daß die
Welt sich einbildet, Junker und Militäre hätten die
Sache gemacht; beide sind gemein, alle höheren Stellen mit
ihren Vätern zu besetzen, in den Generalstab, die höhere
Wahntum nur Kavallerie zu bringen. Mein Sohn,
mein Sohn und sein Sohn kommt, der Weg ist nicht sicher.
Ein gewöhnlicher Spieler, der seinen eigenen Minister das
Geld abnimmt und nicht drei Mann über einen Ministerien
süßeren Mann, wurde eben Brigadegeneral; bei uns würde er
nicht einen Moment haben im Dienst bleiben können. Glaub'
mir, ich freud mich man geradezu; es ist ein Sohn, das
von der Kaiserin von der Kaiserin, die ich als Waise,
trinken können und handliche Geschicklichkeit, die ich
die Leiden der Hunderte von erschöpfenden Zu-
fanterie-Offizieren weg in angenehme Stei-
lungen galoppieren.

B. V. Der Leutnant v. B. erfreut sich der Gunst des
Kaisers. Er soll einen Befehl vorbringen. Ich sage ihm,
er möge sich dem Major E. anstellen, der Weg ist nicht sicher.
Das Battalion steht auf dem Feind, greift ihn an, schlägt ihn,
während Leutnant v. B. die Sache abwartet. Nun sagt der
Major: jetzt bringen Sie Ihren Befehl weg, ich werde hier
Zweimal abwarten. Das geschieht denn auch. Aber der
Major Leutnant bekommt das Kreuz I. Klasse, wird zum
Brigade und der Major nicht. Dies Verhältnis auf die
Arme zu übertragen, ist die edle Pflicht des Konfessions
auf Gegenseitigkeit.

Nach dieser Probe läßt sich ersehen, daß das Werk außerordent-
lich interessant und jedenfalls viel Beachtung finden dürfte. *

Politik.

— Es wird befähigt, daß vor der Rückreise nach Rußland
Kaiser Nikolaus am 4. November in Wiesbaden mit
Kaiser Wilhelm eine Begegnung haben wird. Da sich Graf
Lansdowne im Gefolge des russischen Kaisers befindet, so
dürfte die Meldung, daß auch Graf W. von sich nach Wies-
baden begeben werde, den Tatsachen entsprechen. Die Anwesen-
heit der Kaiserin ist von Herrn Langens angegeben. Sie er-
scheint sich demnächst durch den Wunsch des Kaisers zu be-
gründen, nachdem er mehrere Wochen sich in Deutschland auf-
gehalten hat. Wenn russische Mächte glauben, es werde eine
Versehrung über die russische Wertigkeit erfolgen, so ist dies un-
gründet. Die Verhandlungen sind noch nicht so weit ge-
kommen, daß für die Monarchen ein Anlaß vorläge, Versepungen
dortüber abzuhelfen.

— Von preussischen Gebietstaktierungen an Bremen
m berichtet der „Vst.-Anz.“ Die Fama will wissen, daß es
sich um einen zehn fünf Kilometer langen, 600 Hektar großen
Landstreifen längs des Weisens der Weis, handelt, und daß
die hierfür zu zahlende Entschädigung 1 Million Mark be-
trägt. In dieser Summe sind natürlich die für die private Er-
werbungen der Grundstücke an die Eigentümer zu zahlenden Be-
träge, die sich um ein mehrfaches höher stellen werden, nicht
eingerechnet. In den beiden preussischen Nachbarnländern
Bremens, Westfalen und Loth, macht sich schon in letzter
Zeit sowohl bei den Behörden wie in der Einwohnerwelt eine
lebhafte Bewegung gegen die Entäußerung preussischer
Gebietstaktierungen in dem angegebenen Umfang geltend.
Wehe würde durch die Landabtretungen völlig von der Weis
abgeschnitten werden und mehr noch, als es bisher schon ist,
zu einer Abteilungsverteilung Bremens herabfallen, in welcher
trotzdem wichtige kommunale Geschäfte bestehen würden.
Nicht, wenn auch nicht in gleichem Umfang, würde es mit
Westfalen gehen. Von Behörden und Korporationen sind
deshalb Eingaben an die zuständigen Regierungsinstitutionen ge-
macht, in welchen gegeben wird, nur das zu direkten Safe-
nangeweise unbedingt nötige Areal an den bremischen
Staat abzutreten.

— Dieser Tage fand in Oberhof eine Versammlung von Ver-
tretern der acht thüringischen Kreisvereine statt. Es
handelte sich um die Versepung von Maßregeln zur gleich-
mäßigen Befestigung von anstehenden Krankheiten und
Wiederherstellung der Handhabung verschiedener Bestimmungen des
Streichelgesetzes, Staatsangehörigkeits- und Invalidentenversepung-
gesetzes, ferner über überreichtliche Vorschriften für den Ver-
trieb der Gewerbe- und Stellendämmerer, über die Bestimmungen
über den Verkehr von Fahrzeugen aller Art auf öffentlichen
Landstraßen.

— Der Eisenbahnminister Lubbe empfing in Duisburg
den Centralbahnhofsche eine Deputation der Eisenbahn-
arbeiter. Er äußerte sich wohlwollend den Wünschen der
Arbeiterchaft gegenüber und versicherte, daß bei der gegen-

